

Amberger Bürgerspital-Areal: Geheimnisse um Jury-Entscheidungen gelüftet

Stadt Amberg beantwortet Fragen zur Vergabe des Bürgerspital-Areals. Jury tagte, Konzeptentwickler bekannt und Entscheidungsprozess erläutert.

In der Stadt Amberg sorgt die geplante Bebauung des ehemaligen Bürgerspital-Areals für intensives öffentliches Interesse. Die lokale Presse hat mehrere Fragen zur Beteiligung und Entscheidungsfindung aufgeworfen, doch die Stadtverwaltung blieb weitgehend stumm. Umso mehr stellt sich die Frage, wie die Transparenz in städtischen Entwicklungsprojekten gewährleistet werden kann und welche Lehren aus diesem Fall gezogen werden sollten.

Stadt antwortet auf Medienanfragen

Die Stadtverwaltung von Amberg reagierte auf eine Reihe von Fragen, die von Oberpfalz-Medien zur Besetzung und zum Ablauf der Jury zur Bewertung der Pläne für das Bürgerspital-Areal eingereicht wurden. In einer Pressemitteilung bestätigte die Stadt, dass die Jury, in diesem Fall offiziell als „Bewertungskommission“ bezeichnet, bereits am 3. Juli 2024 getagt hat. Die Zusammensetzung dieser Kommission bleibt allerdings geheim, was Fragen zur Unabhängigkeit und zur Qualität der Entscheidungen aufwirft.

Vergabeprozess und öffentliche Beteiligung

Die zwei für das Projekt eingereichten Entwürfe stammen von

der Wohnungsbau und Siedlungswerk Werkvolk eG sowie von der AHS Immobilien und Verwaltungs GmbH. Während der Entwurf der Werkvolk-Architekten in der Pressemitteilung als favorisiert dargestellt wird – vor allem wegen seines Ansatzes zur Schaffung von bezahlbarem Wohnraum –, bleibt der zweitplatzierte Entwurf aufgrund fehlender verbindlicher Aussagen zur Finanzierung von Wohnraum hinter den Erwartungen zurück.

Die Vorgehensweise der Stadtwirft jedoch Fragen auf. Ein Artikel in der Amberger Zeitung erweckte den Eindruck, dass Entscheidungen hinter verschlossenen Türen getroffen wurden. Dies wird von der Stadt vehement bestritten, die darauf hinweist, dass der Vergabeprozess aus rechtlichen Gründen nichtöffentlich erfolgen müsse. Ein Aufruf zur öffentlichen Behandlung wird als „Aufruf zum Rechtsverstoß“ bewertet.

Zukünftige Schritte und Bürgerbeteiligung

Oberbürgermeister Michael Cerny betonte, dass die Stadt nun am Anfang eines weiteren Prozesses steht, der die Fortschreibung und Optimierung des gewählten Konzeptes beinhaltet. Die Einbeziehung des Stadtrats und potentiell auch des Bürgerrats ist vorgesehen, jedoch ist die Öffentlichkeit bis zur Ausarbeitung eines Kaufvertrags ausgeschlossen. Dieses Vorgehen wirft die Frage auf, wie ernst die Stadt die Transparenz gegenüber ihren Bürgerinnen und Bürgern nimmt und ob diese Beteiligung tatsächlich zielführend ist.

Bedeutung der Transparency für die Stadtentwicklung

In einem digitalen Zeitalter, in dem Bürger immer mehr durch soziale Medien und alternative Informationsquellen informiert werden, ist es für Städte essenziell, offen und transparent zu kommunizieren. Transparenz erhöht nicht nur das Vertrauen der Bevölkerung in die Verwaltung, sondern fördert auch eine aktive

Bürgerbeteiligung an städtischen Entwicklungsprojekten. Das Vorgehen in Amberg könnte somit als ein Beispiel für die Herausforderungen dienen, vor denen viele Kommunen stehen: Wie kann man den Spagat zwischen rechtlichen Vorgaben und der Einbindung der Öffentlichkeit meistern?

Es bleibt abzuwarten, wie die Stadt Amberg die aktuellen Herausforderungen meistern wird und ob sie die Bürger in künftige Planungen stärker einbeziehen kann, um sowohl rechtliche Anforderungen zu erfüllen als auch das Vertrauen der Bevölkerung zu festigen.

– **NAG**

Details

Besuchen Sie uns auf: n-ag.de